

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

MICHAEL PAETAU

Kybernetik und flüssige Demokratie

An anderer Stelle in diesem Band habe ich die Behauptung aufgestellt, dass das für die Piraten in nahezu allen politischen Fragen als richtungsweisend begriffene Zusammenspiel von *Autonomie* und *sozialem Netzwerk*, also das Verhältnis zwischen Independenz und Interdependenz gesellschaftlicher Subjekte und Kollektive, auf ein epistemologisches Feld verweist, das – so meine These – eine ebenso große Rolle für das Verständnis der politischen Strategie der Piraten spielt wie die bereits diskutierten sozio-ökonomischen und wissenskulturellen Faktoren. Ob es sich um Kernthemen der digitalen Kommunikation, Bildung, Geschlechter- und Familienpolitik, Migration oder Demokratie handelt, nahezu überall lassen sich ein Wirklichkeitsverständnis und ein Erkenntnistyp identifizieren, welche starke Parallelen aufweisen zu Denkmustern, die im Diskurs der *Kybernetik* geläufig sind. Diese Art zu denken, die Welt zu beobachten und Kriterien dafür zu entwerfen, was wichtig und was unwichtig, was als wünschenswert oder was als kritikwürdig angesehen wird oder – wenn man will – was als emanzipativ und was als oppressiv bewertet wird, hat – so meine These – als Resultat bestimmter sozio-ökonomischer und wissenskultureller Faktoren innerhalb der parteiinternen Kommunikationen einen hegemonialen Status erlangt und bestimmt als

grundlegendes Muster die Herangehensweise der Piraten an politische Fragen.¹

Sieht man sich die relevanten Dokumente der Piratenpartei an, so fällt auf, dass es ja weder der Entwurf einer zukünftig anzustrebenden idealen Gesellschaft ist, der als politischer Orientierungspunkt fungiert, noch eine gesellschaftstheoretische Analyse, mit deren Hilfe man die Entwicklungswidersprüche der sogenannten digitalen Revolution kohärent analysieren könnte. Stattdessen wird zunächst sehr vorsichtig und relativ indifferent von einem *Gefährdungspotenzial* gesprochen, das die »Würde und Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise« bedroht (Präambel des Grundsatzprogramms 2013). Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre werden als politische Eckpfeiler genannt, mit denen diese Gefährdungen bekämpft werden sollen.

Es ist aber keinesfalls das Lied einer zwanglos nebeneinander existierenden Pluralität unterschiedlicher Lebensformen und Subjektpositionen, das hier von den Piraten gesungen wird, sondern – ganz im Gegenteil – es werden dominante gesellschaftliche Festlegungen dafür verantwortlich gemacht, dass die Entfaltungsrealität der Subjekte hinter dem zurückbleibt, was sozial, ökonomisch und technisch möglich wäre. Und dabei wird auch nicht übersehen, dass es nicht (nur) gesellschaftliche Zwangseffekte sind, die diese Situation erzeugen, sondern auch (und möglicherweise vor allem) *hegemoniale* Positionen, die den Menschen suggerieren, was erstrebenswert ist und was nicht. Das heißt, die Pluralität der Lebensweisen muss erst noch durchgesetzt werden.

Wie dies geschehen soll, ist eingebettet in bestimmte Vorstellungen über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, was ich

1 Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass jedes einzelne Mitglied der Partei eine bewusste erkenntnistheoretische Entscheidung trifft, sich in dieser Weise mit der Welt auseinanderzusetzen. Und es bedeutet auch nicht, dass dies für jede einzelne politische Frage relevant ist, aber als generell wirkende Leitlinie der Partei als soziales System betrachtet, lässt sich dies wohl behaupten.

mit dem Rekurs auf die Kybernetik zu beschreiben versuchen werde. In der Kybernetik manifestiert sich ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis, das in die politische Selbstbeschreibung der Piraten Eingang gefunden und in mehrfacher Hinsicht in der Öffentlichkeit für Irritationen gesorgt hat. Erstens erhebt es den Anspruch, jenseits der traditionellen Verortung von Rechts und Links Position zu beziehen. Diese Positionsbestimmung ist für die an das traditionelle politische Koordinatensystem gewöhnte Öffentlichkeit bis heute nur schwer nachvollziehbar. Die zweite Irritation betrifft das Verhältnis von Technik und Gesellschaft. Dass die Piraten gut auf der Klaviatur der I+K-Technik spielen können, wird zwar im Allgemeinen konzediert, dass dies aber eine kritische Haltung zu dieser Technik nicht ausschließt, können Kommentatoren oft nicht nachvollziehen.

Kybernetik

Verschiedene Autoren – nicht nur in diesem Band – haben den Piraten vorgeworfen, sie würden ein technokratisches Konzept verfolgen, Technik als Fetisch begreifen, von dem das Heil in der Welt erwartet wird und nahezu im Alleingang den mündigen Bürger hervorbringen soll. Sie werden als Technikenthusiasten, deren Technikaffinität sich über das Politische stellt, in die Nähe des italienischen *Futurismus* gerückt (vgl. den Beitrag von Detlef Kannapin in diesem Band).

Derartige Behauptungen ignorieren, dass es wohl kaum eine andere Partei gibt, die so wie die Piraten auf die soziale *Gestaltbarkeit* von Technik verweist, die immer wieder auf das Gefährdungspotenzial einer Technik hinweist, in denen proprietäres kapitalistisches Denken inkorporiert ist und die stattdessen auf die Möglichkeiten von zugangsfreien, quelloffenen und gemeinfreien Alternativen aufmerksam macht und dies auch praktiziert. Dieses Einmischen in den technischen Prozess und die Praxis seiner Nutzung wird ihnen jedoch als »Technikenthusiasmus«, »naiver Technikgläubigkeit« u. a. m. vorgehalten, von Leuten, die Technik offenbar als eine gegeben Größe ansehen, die man entweder begrüßen oder ablehnen kann, auf die man aber selbst

keinen Einfluss hat. Technik im Verständnis der Piraten – da gibt es keinen Zweifel – ist eine soziale Konstruktion, mit der Gesellschaft beeinflusst werden kann, kein Sachzwang und kein unausweichlicher technischer Determinismus, sondern politische Aktion.

Dass dies nicht zur Kenntnis genommen wird und die Piraten unverdrossen dem Verdacht eines Technikdeterminismus' ausgesetzt werden, mag auch an der Unkenntnis über den Gegenstand und die Inhalte der *Kybernetik* liegen. Ein Problem, an dem bereits vor einigen Jahren die Gruppe »tiqqun« mit Ihrem Manifest »L'hypothèse cybernétique« (2001) gescheitert war. Ihre Kritik gibt sich zufrieden mit der »Entlarvung« der Kybernetik als »Herrschaftstechnologie«, als »polizeiliches Denken des Empire« und – ebenso wie das Internet – als »Kriegsmaschine« (tiqqun 2007, 13).

Und allen Ernstes wird dort behauptet, die Kybernetik würde vorschlagen, »die biologischen, physischen und sozialen Verhaltensweisen als voll und ganz programmiert und neu programmierbar zu betrachten. Genauer gesagt, »sie stellt sich jedes Verhalten so vor, als ob es in letzter Instanz »gesteuert« würde durch die Notwendigkeit des Überlebens eines »Systems«, das sie möglich macht und zu dem sie beitragen muss« (13) Um zu zeigen, dass eine solche Behauptung nichts mit der Realität des kybernetischen Diskurses zu tun hat, genügt ein Blick auf Heinz von Foersters Definition von *nicht-trivialen* Systemen (dazu zählen alle sozialen Systeme), die er von *trivialen* Systemen (dazu zählen v. a. alle mechanischen Systeme) unterscheidet: »Eine einmal beobachtete Reaktion auf einen gegebenen Stimulus muss in einem späteren Zeitpunkt nicht wieder auftreten, wenn der gleiche Stimulus auftritt.« (von Foerster 1993, 248) Da das Input-Output-Verhalten eines Systems maßgeblich durch seine internen Zustände bestimmt wird, sind nicht-triviale Systeme zwar synthetisch deterministisch, aber geschichtsabhängig, analytisch indeterminierbar und unvorhersehbar. (251) Mit dieser Aussage formuliert von Foerster nicht mehr und nicht weniger als die radikale Abkehr der Kybernetik von einem kausalorientierten Denken.

Zweifellos herrschten in den Pionierjahren der Kybernetik *technische* Anwendungszusammenhänge hinsichtlich ihrer Regelung und

Steuerung vor. Infolgedessen ist es nachvollziehbar, dass die Anwendung ihrer Prinzipien auf soziale Phänomene oft als *Übertragung* von *technischen* Prinzipien auf *nicht-technische* Zusammenhänge missverstanden und kritisiert wurde. Von Beginn ihrer Entwicklung an war es jedoch der Anspruch der Kybernetik, einen *interdisziplinären* Ansatz bereit zu stellen, der sich auf natürliche oder soziale Phänomene als *differentia specifica* eines bestimmten Wirklichkeitsverständnisses beziehen kann. Bezogen auf Gesellschaft entstand die *Soziokybernetik* als Anwendung systemischen Denkens und kybernetischer Prinzipien in der Analyse und dem Umgang mit sozialen Phänomenen hinsichtlich ihrer *Komplexität* und *Dynamik*. Sich in der soziologischen Forschung eines kybernetischen Ansatzes zu bedienen, impliziert, sich auf einige grundlegende Prinzipien einzulassen, die von den Klassikern der Systemtheorie und Kybernetik durchaus unterschiedlich akzentuiert worden waren. Der Mathematiker Norbert Wiener hebt die Aspekte der Steuerung und Kommunikation in naturwissenschaftlichen und humanwissenschaftlichen Zusammenhängen hervor. Stafford Beer sieht die Kybernetik als Wissenschaft von der Organisation komplexer sozialer und natürlicher Systeme. Für Ludwig von Bertalanffy sind kybernetische Systeme ein Spezialfall von Systemen, die sich von anderen Systemen durch das Prinzip der Selbstregulation unterscheiden. Walter Buckley möchte die Kybernetik weniger als Theorie verstanden sehen, sondern eher als einen theoretischen Rahmen und ein Set von methodologischen Werkzeugen, die in verschiedenen Forschungsfeldern angewandt werden können. William Ross Ashby hebt den prozessorientierten Charakter der Kybernetik hervor. Ihr geht es nicht um Gegenstände, sondern um das Verhalten komplexer Systeme. »It does not ask ›what is this thing‹ but ›what does it do?‹« (Ashby 1957). Nicht die Beschaffenheit, die Eigenschaft, die Materialität von Objekten steht im Zentrum des Interesses, sondern ihre Operationsformen (vgl. auch G. Klaus 1965). Der Philosoph Georg Klaus sieht in der Kybernetik eine fruchtbare epistemologische Provokation. Für Niklas Luhmann besteht die Faszination der Kybernetik darin, dass das Problem der Konstanz und Invarianz von Systemen in einer äußerst komplexen, veränderlichen Welt aufgegriffen und durch Pro-

zesse der Information und Kommunikation erklärt wird. Für Heinz von Foerster ist Selbstbezüglichkeit das fundamentale Prinzip kybernetischen Denkens. Er spricht von Zirkularität und meint damit alle Konzepte, die auf sich selbst angewandt werden können, Prozesse, in denen letztendlich ein Zustand sich selbst reproduziert.

Ein Durchbruch in den Sozialwissenschaften lässt sich erst in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, nach drei äußerst wichtigen theoretischen Modifikationen feststellen. Es handelt sich dabei *erstens* um eine neue Einschätzung zum Verhältnis von *Stabilität und Störung* und ihrer Behandlung im kybernetischen Gleichgewichtsmodell, *zweitens* um eine Neuformulierung der für jedes System konstituierenden *System-Umwelt-Beziehung*, und *drittens* um eine Neueinschätzung der Möglichkeiten zur *Steuerung* komplexer dynamischer Systeme.

Stabilität und Störung

Im Gegensatz zu den traditionellen naturwissenschaftlichen und ökonomischen Erklärungsmustern, die die Stabilität von Systemen mit ihrem Gleichgewichtszustand identifizieren, wurde in der kybernetischen Forschung bezweifelt, dass man überhaupt von Gleichgewicht als einem stabilen Zustand sprechen könnte. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn man ökonomische oder organisatorische Systeme im Auge hat, die sich durch eine hohe Dynamik auszeichnen. Hieran schloss sich die Überlegungen an, ob es nicht gerade umgekehrt sinnvoll wäre, *Ungleichgewicht* als eine Stabilitätsbedingung zu betrachten (Luhmann 2002, 44).

System-Umwelt-Beziehung

Die Reformulierung des kybernetischen Stabilitätsverständnisses ist verbunden mit einer Neuinterpretation des theoretischen Grundverständnisses über das Verhältnis von System und Umwelt. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Sichtweise, komplexe und differenzierte Systeme nicht mehr als Teile eines übergeordneten Ganzen zu verstehen. Die Relation zwischen Systemen lässt sich dementsprechend nicht mehr in Form von hierarchischen Über- und Unter-

ordnungsbeziehungen beschreiben, sondern muss mit Heterarchie und der Vielfalt von operativ verwendeten System/Umwelt-Differenzen rechnen.² Diese Heterarchie signalisiert nun aber keineswegs einen Umstand von Unordnung. Im Gegenteil, aus der Sichtweise jedes einzelnen Systems unterliegen die Beziehungen zu den anderen Systemen einer eigenen Ordnung, die dem Primat der eigenen Beobachtung und der eigenen Rolle bzw. Funktion im Wechselspiel zwischen den Systemen unterliegt. Hieraus ergibt sich ein enormer Kontingenzzuwachs. Dass daraus kein Zusammenbruch der Orientierung und Ordnung entsteht, dafür sorgt eine besondere Form der Beobachtung: *Beobachtung der Beobachtung*, eine wechselseitige, sich gegenseitig überprüfende und korrigierende Form der Beobachtung, die in der Kybernetik als »Beobachtung zweiter Ordnung« bezeichnet wird. »Im Unterschied zum subjektiven Irrweg des Idealismus ist das empirische Beobachten von empirischen Beobachtern wesentlich für das, was letztlich als Realität akzeptiert wird« (Luhmann, 1993, 230).

Steuerung und Rückkoppelung

Steuerungstheoretisch impliziert die Umstellung des Systembegriffs auf Autonomie, dass sich in sozialen Systemen keine Instanz finden lässt, die über eine bessere, wahrheitsgetreuere, ausführlichere oder genauere Beschreibung des Ganzen, einzelner Teile oder der Beziehung zwischen ihnen verfügt. Jede Beobachtung stellt lediglich eine *andere* Sichtweise dar, was eine Absage an selbst ernannte Avantgarde und Eliten impliziert. Im kybernetischen Zusammenhang bedeutet Steuerung nicht, dass man den künftigen Zustand eines Systems bestimmen kann. Dies ist weder »in den Wesenszügen, wenn man es alteuropäisch ausdrücken will, noch in allen konkreten Details möglich« (Luhmann 2002, S. 54). Möglich ist lediglich, sich an bestimmten Differenzen zu orientieren, die durch die Kommunikation mit der Systemumwelt signalisiert werden. Entscheidend ist dabei, eine Varie-

2 Wie radikal der von der Kybernetik zweiter Ordnung eingeleitete steuerungstheoretische Wandel tatsächlich ist, lässt sich an dieser Stelle nicht sorgfältig genug erörtern. Ich möchte stattdessen verweisen auf Paetau 2006.

tät von derartigen Rückkoppelungsmöglichkeiten zuzulassen bzw. zu schaffen, aus dem ein steuerndes System die relevanten Informationen generieren kann.

Ein System, dessen Operationen auf die Erfüllung bestimmter Zwecke ausgerichtet ist (beispielsweise eine politische Institution), und das sein Verhalten an der ständigen Rückmeldung der Umwelt und anderer in der Umwelt existierender Systeme ausrichtet, kann auf diese Weise auch mit hoher, *unbekannter* Komplexität umgehen. So kann das steuernde System auch eine Dauerwirkung konstant erzeugen trotz verschiedener und ständig wechselnder Umwelteinwirkungen. »Es braucht diese Umweltänderungen nicht vorauszusehen und vorher einzuplanen. Es erfährt sie nachträglich (aber möglichst sofort) durch Rückmeldung des Ergebnisses der eigenen Wirksamkeit und ändert daraufhin die eigene Leistung entsprechend.« (Luhmann 1968, S. 108) Diese Fähigkeit zur zwar selektiven aber raschen Reaktion wird in der einschlägigen Literatur auch als »Resonanzfähigkeit« bezeichnet.

Alle drei hier genannten Modifikationen waren äußerst folgenreich in Bezug auf die Vorstellung von komplexen Wirkungszusammenhängen, die nicht mehr hinreichend als »Input-Output-Beziehungen« beschrieben werden können, sondern als hochkomplexe autonome selbststeuernde Prozesse. Umwelteinflüsse lösen zwar Reaktionen eines Systems aus, determinieren diese aber nicht! Wie sich das System (bzw. das Teilsystem) verändert, liegt primär an den Eigenschaften, dem Systemzustand, seiner aktuellen Struktur und den internen Referenzen des Systems selbst. Das System legt selbst fest, was überhaupt zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einer bestimmten Situation als »Input« wirken kann. Damit konstruiert das System selbst seine Reaktionen auf Umwelteinflüsse. Sein Verhalten ist damit weder vorhersehbar noch programmierbar. Jede Bezugnahme eines Systems zu seiner Umwelt besteht in einer spezifischen Selektionsleitung: Auf was soll reagiert werden, auf was nicht. Diese spezielle Selektionsleistung wird als *Information* bezeichnet. Auf dieser Basis hat Niklas Luhmann seinen Kommunikationsbegriff entwickelt. »Kommunikation entsteht ja nur unter der Voraussetzung wechselseitiger Intransparenz,

die auch Intransparenz der Systeme für sich selbst einschließt. Man kennt sich mit sich selbst und den anderen nicht aus, deshalb wird geredet, geschrieben, gedruckt, gefunkt.« (Luhmann 2000, 377). Aus der Fülle von Mitteilungen, die auf uns einwirken, entscheiden wir selbst, welche davon für uns informativ ist, welche wir für weitere Kommunikation verwenden wollen und welche nicht.

Welche Kapriolen die ideologische Voreingenommenheit³ gegenüber der Kybernetik zuweilen schlägt, lässt sich bei Tiqqun zeigen, der glaubt, mit Habermas gegen Luhmann argumentieren zu können, indem er »die Unvorhersehbarkeit des Dialogs« betont, also von »Argumentationen, die nicht auf schlichten *Informationsaustausch* reduziert werden« können (Tiqqun 2007, 63; Hervorhebung M.P.). Doch er verfehlt sein Ziel. Denn es ist nicht Habermas, sondern Luhmann selbst, der schreibt: »Die Übertragungsmetapher ist unbrauchbar, weil sie zu viel Ontologie impliziert. Sie suggeriert, dass der Absender etwas übergibt, was der Empfänger enthält. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil der Absender nichts weggibt in dem Sinne, dass er selbst es verliert. Die gesamte Metaphorik des Besitzens, Habens, Gebens und Erhaltens, die gesamte Dingmetaphorik ist ungeeignet für ein Verständnis von Kommunikation.« (Luhmann 1984, S. 193)

Dezentrierung der Politik und flüssige Demokratie

Die hier nur sehr verkürzt dargestellten Prinzipien kybernetischen Denkens lassen Inhalt und Form politischer Arbeit in einem spezifischen Licht erscheinen. Vor allem zwei Punkte sind in diesem Zusammenhang zu nennen: Erstens die Erzeugung von *Varietät*,⁴ um einen angemessenen kommunikativen Zusammenhang der wechselseitigen

3 Die ideologische Borniertheit dieses Textes zeigt sich auch in den wiederholten Diffamierungen gegenüber dem früheren Résistance-Kämpfer und Kommunisten und späteren Direktor des »Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS)« Edgar Morin als »Speichellecker«.

4 Zur Bedeutung von Varietät im kybernetischen Feedbackprozess komplexer Systeme vgl. Ashby 1958

Beobachtung (Beobachtung der Beobachtung) zu erzeugen; und zweitens die Sicherstellung von Resonanzfähigkeit des politischen Systems gegenüber dem, was in der Gesellschaft geschieht. Im Grundsatzprogramm der Piraten finden sich Anschlüsse an beide Punkte, sowohl in inhaltlicher als auch formeller Hinsicht.

Die spezifische Organisationsstruktur und -kultur, die die Piraten aufgebaut haben, ist für viele außenstehende Beobachter irritierend und zweifellos funktioniert sie bislang nicht immer zufriedenstellend. Inwieweit sie wirklich tragfähig ist, werden die nächsten Jahre zeigen müssen. Um Varietät zu gewährleisten, hat sich eine Organisations- und Kommunikationskultur entwickelt, die verbunden ist mit der Ablehnung von Organisationskonzepten, die bestimmten Organen eine besondere Rolle hinsichtlich des Anspruchs auf eine bessere oder vollständigere Erkenntnis der Welt einräumen. Niemand, kein Vorstand, auf welcher Ebene auch immer, kann für sich in Anspruch nehmen, genauer, fundierter oder umfangreicher wissen zu können, was in der Welt passiert und wie darauf zu reagieren sei. Er kann lediglich auf eine andere Form der Beobachtung, auf andere Präferenzen für das, was als wichtig oder unwichtig gehalten wird, als vorrangig oder nachrangig, verweisen. Und auf der Suche nach der richtigen politischen Strategie bleibt dann nichts anderes übrig, als diese jeweils spezifischen Formen der Beobachtung aufeinander zu beziehen, mit anderen Worten: zu beobachten, wie, d. h. mit welchen erkenntnisleitenden Mitteln, Theorien, Methoden, Codes usw. die jeweils anderen Akteure den Gegenstand der Auseinandersetzung beobachten. Die durch ein derartiges Vorgehen zweifellos enorm gesteigerte Komplexität und Kontingenz lässt sich nicht mehr mit dem Hinweis auf angebliche »Notwendigkeiten«, »Alternativlosigkeit« oder »Sachzwänge« eingrenzen, sondern bedarf politischer »Entscheidungen«. Entscheidungen sind nur dann Entscheidungen, wenn sie nicht determiniert sind. D. h. im Grunde lassen sich nur Fragen entscheiden, die eigentlich als »unentscheidbar« gelten, weil es kein Argument gibt, das sie determiniert. Hier betreten wir das Feld des Politischen und der Macht. Verfahren können nichts weiter als die Spielregeln festlegen.

Da, wie wir gesehen haben, der Zustand und das Verhalten von sozialen Systemen nicht vorhersehbar sind, muss auf Verfahren gesetzt werden, die ein hohes Maß an Modifizierbarkeit und ggf. auch Reversibilität erlauben. Damit verbunden ist ein anti-essenzialistisches Politikverständnis, was sich einerseits in einer bestimmten innerparteilichen Praxis ausdrückt, aus der sich aber andererseits auch eine Vision für den Umbau des parlamentarischen Systems in Deutschland ergibt.

Dieser von den Piraten geforderte Umbau greift die seit vielen Jahren – v. a. im post-strukturalistischen Diskurs – geübte Kritik an Identität und Repräsentation auf. Eine Kritik, die sich bekanntlich auf die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzende soziale Entwicklung stützt, in der sich die soziale Verortung der gesellschaftlichen Individuen in Klassen, Ethnien, Nationalitäten, aber auch Geschlecht und Sexualität immer mehr aufgelöst hat. Aus ihr folgt, dass die Vorstellung, Parteien könnten die politischen Interessen einer relativ fest umrissenen Bevölkerungsgruppe mehr oder weniger in ihrer Gesamtheit abbilden, keine Überzeugungskraft mehr besitzt. Und in der Tat dürfte es heutzutage unstrittig sein, dass Wähler ihre eigenen politischen Vorstellungen nicht mehr nur bei einer einzigen Partei aufgehoben fühlen. Sie mögen ihre friedenspolitischen Einstellungen bei den Linken, ihre ökologischen Ansichten bei den Grünen, ihre Menschenrechtsauffassungen bei den Liberalen und ihre netzpolitischen Interessen bei den Piraten aufgehoben sehen, dennoch sind sie bei einer Wahl gezwungen sich zu entscheiden und einem politischen Gesamtpaket ihre Stimme zu geben, das Forderungen enthält, denen sie vielleicht gar nicht zustimmen würden, wenn sie eine andere Möglichkeit der Entscheidung hätten.

Das Konzept der »Liquid Democracy« will diese totalisierende Praxis durchbrechen, in dem es eine Reihe von sogenannten *Themenparlamenten* vorsieht. D. h. anstatt – wie heute üblich – der Zuständigkeit eines einzigen Parlaments für alle die Gesellschaft betreffenden Themen, sollte es zu jedem Politikfeld ein eigenes Themenparlament geben. Themenparlamente können von jedem Bürger gegründet werden, wenn ein bestimmtes Gründungsquorum erfüllt ist. Die Mitglieder dieser Themenparlamente werden nicht über Parteilisten gewählt,

sondern sind offen für jeden interessierten Bürger. Von einem solchen »Politikfeldparlamentarismus« verspricht man sich eine Wiederbelebung parlamentarischer Debatten über gesellschaftsrelevante Sachthemen. Und auch die Tatsache, dass es nun Bürger wären, die sich mit einem inhaltlichen Interesse an den zu verhandelnden Themen einmischen, anstatt Berufspolitiker, die in ihrer Rolle als Repräsentanten für wahlkampforientierte Parteien auftreten, könnte einen positiven Effekt haben.

Im Konzept des Politikfeld-Parlamentarismus ist es – zumindest bislang – nicht vorgesehen, die bestehenden Bundes-, Landes und Kommunal-Parlamente zu ersetzen. Sie sollen lediglich durch Themenparlamente bzw. Politikfeldparlamente ergänzt werden. Allerdings, und das unterscheidet sie von gegenwärtigen Beteiligungsformen wie Runden Tischen, Bürgerinitiativen, Petitionsverfahren oder verschiedenen Partizipationsmodellen, sollen die verfassungsmäßig bereits existierenden Parlamente verpflichtet werden, Beschlüsse der Themenparlamente zu behandeln. Eine solche Praxis würde auch die starren vier- oder fünfjährigen Zeitintervalle von Wahl zu Wahl, in denen der Bürger sich bislang als Souverän ins Spiel bringen konnte, auflösen und ihm jederzeit die Möglichkeit geben, eine parlamentarische Debatte zu einem relevanten Thema zu initiieren.

An dieser Stelle kann nicht detailliert auf das Konzept der Liquid Democracy eingegangen werden.⁵ Aber klar ist, dass die gegenwärtig dominante Stellung der politischen Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland relativiert werden würde. Auch die Piraten als politische Partei steuern somit auf ein Ziel hin, dass ihre Rolle zukünftig schmälern, ja möglicherweise einmal überflüssig machen wird. Zumindest würde die Umwandlung einer an Identität und Repräsentation orientierten Parteiendemokratie in ein System, das die existierende Verfasstheit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Einflussmöglichkeiten der Bürger erweitert, eingeleitet werden.

5 Es sei hier verwiesen auf die Website des Vereins »LiquidDemocracy e.V.«: <https://liqd.net/> (25.02.2013), sowie auf Paetsch/Reichert 2012.

Hinsichtlich der Steigerung von innerparteilicher Partizipation und Transparenz wird das Konzept der »flüssigen Demokratie« in der Piratenpartei im Grunde seit ihrer Gründung praktisch erprobt. Das ist grundsätzlich nicht an ein bestimmtes technisches Verfahren gebunden. Aber es ist evident, dass es ohne die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken nur schwer praktikierbar ist. Die Piratenpartei setzt dabei auf ein ganzes Bündel von unterschiedlichen technischen Unterstützungsformen, von denen jedoch »Liquid Feedback« sicherlich die prominenteste ist.

Jedes Parteimitglied ist berechtigt, zu einem bestimmten Thema Mitstreiter zu suchen und beispielsweise einen Arbeitskreis zu gründen, der sich die Aufgabe stellt, zu dem betreffenden Thema einen Antrag für einen der nächsten Parteitage (sei es auf Bundes-, Landes- oder Kreisebene) auszuarbeiten. Die technische Infrastruktur macht es möglich, dies orts- und regionsübergreifend zu praktizieren. Was die Piratenpartei sicherlich von anderen Parteien – abgesehen von den politischen Inhalten – unterscheidet, ist ihre Struktur, die sich um die netzwerkartigen Kommunikationsprozesse, welche durch die neuen Medien erleichtert werden, herum aufgebaut ist und nicht umgekehrt, wie bei anderen Parteien. D.h. es wurde von vornherein darauf angelegt, Vielfalt zu erzeugen und hierarchischen Verfestigungen zu widerstehen. Es gibt auch keine Delegierten, sondern jedes Mitglied hat das Recht, an allen politischen Beratungen auf welcher Ebene und in welcher Region auch immer, teilzunehmen. Mit Hilfe einer Vielzahl von unterschiedlichen Medien soll dieses Recht auch von jedem Parteimitglied eingelöst werden können.⁶

6 Das beginnt bei ganz traditionellen Email-Listen, web-basierten Diskussionsforen, setzt sich fort beim Piraten-Wiki, das nach wie vor das wichtigste Tool in der Planung, kollaborativen Entwicklung und Kommunikation der politischen Arbeit darstellt. Für Arbeitskreistreffen, Vorstandssitzungen oder sonstige Diskussionsrunden wird Mumble eingesetzt, eine freie, also quelloffene, und plattformübergreifende Sprachkonferenzsoftware, die ursprünglich für interaktive Videospiele erfunden wurde, die sich wegen niedriger Latenzzeit und guter Audioqualität aber hervorragend für Online-Konferenzen eignet, ohne auf teure Telekonferenzsysteme zurückgreifen zu müssen. Wegen ihrer vollständigen Ver-

Aber, um das noch einmal zu bekräftigen, nicht die elektronischen Systeme sind entscheidend, um zu verstehen, was sich die Piratenpartei unter »mehr Demokratie« vorstellt. Wichtiger ist das ihm zu Grunde liegende politische und epistemologische Konzept, und der daraus abgeleitete Anspruch, die existierende Verfasstheit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen, in der das politische Handeln nicht für die Dauer einer Legislaturperiode an Repräsentanten abgegeben wird, sondern in einer abgestuften Form vom Staatsbürger selbst wahrgenommen werden kann.

Dieses Konzept eines *direkten Parlamentarismus* stellt zwei Prämissen unseres Parteiensystems in Frage, die zwar seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland unhinterfragt wirksam sind, sich aber möglicherweise als historisch begrenztes Modell erweisen könnten. Gemeint ist zum einen das Modell von Parteien, die in der Lage sind, die gemeinsamen Interessen ganzer Bevölkerungsschichten (Klassen oder gar das ganze Volk) zu repräsentieren, und zum andern das Modell einer identitären Organisation, die die Vielfalt der politischen Handlungsfelder unter ein einheitliches Programm möglichst widerspruchsfrei integriert. Im Gegensatz zu den traditionellen, durch hierarchische Delegationsformen gefilterte Entscheidungsprozesse in politischen Parteien setzen die Piraten auf eine hohe Varietät von Meinungen und die netzwerkartige wechselseitige Beobachtung. So ist es vielleicht gar nicht so übertrieben, von einer *Partei neuen Typus* zu sprechen, nämlich einer *poststrukturalistischen Partei*.

schlüsselung genügt sie außerdem den Ansprüchen der Piratenpartei an Datenschutz. Im Verbund mit anderen Systemen, insbesondere dem Piraten-PAD können so auf sehr einfache Weise Texte kollaborativ verfasst werden. Nicht zu vergessen ist Twitter bzw. Identi.ca für schnelle Mitteilungen. Facebook spielt so gut wie keine Rolle, eher schon die freie Facebook-Alternative Diaspora. Liquid Feedback ist sicherlich das in der Öffentlich meist diskutierte Tool. Auf seiner Basis werden Parteitagestränge, Gesetzesvorlagen, etc. parteiöffentlich diskutiert und abgestimmt (Abstimmungen nur parteiintern, Themendiskussionen jedoch öffentlich).

Literatur

- Ashby, W. Ross: *An Introduction to Cybernetics*. London: Chapman & Hall, 1957 (deutsch: *Einführung in die Kybernetik*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1974)
- Ashby, W. Ross: *Requisite variety and its implications for the control of complex systems*. In: *Cybernetica*. 1:2, 1958, S.83-99
- Beer, Stafford: *Cybernetics and Management*. London: English Universities Press, 1959
- Bertalanffy, Ludwig von: *General System Theory*. Revised Edition. New York: George Braziller Inc., 1975
- Buckley, Walter: *Society – A Complex Adaptive System*. Essays in Social Theory. New York, London, Tokyo: Gordon and Breach Science Publishers, 1998
- Klaus, Georg: *Kybernetik und Gesellschaft*. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1965,
- Luhmann, Niklas: *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1968
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984
- Luhmann, Niklas: *Organisation und Entscheidung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000
- Luhmann, Niklas: *Einführung in die Systemtheorie*. Herausgegeben von Dirk Baecker. Heidelberg: Carl-Auer-Verlag, 2002
- Paetau, Michael: *Niklas Luhmann y la Cibernetica*. In: Marcuello Servos, Chaimé (Hg.): *Sociocibernetica: Lineamientos de un paradigma*. Madrid y Mexico Ciudad: Institucion Fernando El Catolico, Zaragoza, en cooperacion con el Lab Complexa de la Universidad Nacional Autonoma de Mexico, Ciudad de Mexico, 2006, S. 149-176
- Paetsch, Jennifer/Reichert, Daniel: *Liquid democracy*. Neue Wege der politischen Partizipation. In: *Vorgänge*. 2012 (Heft 4), S. 15-22
- Stonier, Tom: *Information and the Internal Structure of the Universe. An Exploration into Information Physics*. Berlin – Heidelberg – New York: Springer, 1990
- Tiqun: *L'hypothèse cybernétique*. Paris 2001 (deutsch: *Kybernetik und Revolte*, Zürich und Berlin: Diaphanes, 2007)
- von Foerster, Heinz: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1993
- Wiener, Norbert: *Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine*. New York, J. Wiley, 1948

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analysen, Wahlenanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale-linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.